

Parlamentarische Initiative «Gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege»

Die parlamentarische Initiative «gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege» (11.418) scheiterte am 27. April 2016 im Parlament, daher haben die Pflegeverbände zusammen mit dem SBK beschlossen, eine eidgenössische Volksinitiative zu lancieren.

Wir teilen die Meinung von Helena Zaugg, SBK Präsidentin: «Pflegefachpersonen tragen die fachliche Verantwortung. Sie sind in der Lage, auch die finanzielle Verantwortung zu tragen».

Die Initiative hatte zum Ziel, dass bestimmte pflegerische Leistungen auch ohne ärztliche Verordnung von den Krankenkassen vergütet werden. Nachdem die Vorlage lange Zeit auf breite Zustimmung stiess, folgte im Januar 2016 der erste Dämpfer: Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK-N beschloss flankierende Massnahmen in Form der Aufhebung des Vertragszwangs für freiberufliche Pflegefachpersonen und einer Befristung auf sechs Jahre. Im März 2016 lehnte der Bundesrat das Anliegen ganz ab. Zusammen mit dem SBK und anderen Partnern hat der VFP versucht, die Mitglieder des Nationalrats zu überzeugen, die flankierenden Massnahmen wieder rückgängig zu machen und zum Ursprungstext der Subkommission zurückzukehren. Alles Informieren und Argumentieren nützte nichts, es wurde nicht auf die ergriffene Initiative eingetreten.

Aus diesem Grund wird der konkrete Text für eine Volksinitiative zurzeit erarbeitet und der VFP unterstützt die vom SBK eingeschlagene Richtung. Eckpunkte der eidgenössischen Volksinitiative sind:

1. Der eigenverantwortliche Beitrag der Pflege in der Gesundheitsversorgung muss anerkannt werden.
2. Die Pflegefachpersonen leisten einen bedeutenden Beitrag in der Gesundheitsversorgung. Gesetzliche Regelungen müssen das vorhandene Potential der Pflegefachpersonen ausschöpfen. Diese Massnahmen vermögen den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen.
3. Investitionen in die Arbeitsumgebungsqualität (Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, Arbeitszeiten, Lohn) sollen verbessert werden. Das steigert nachweislich die Attraktivität des Pflegeberufs.

Mehrere Verbände im Gesundheitswesen haben ihre Unterstützung in Aussicht gestellt.

Maria Müller Staub & Alexandra Bernhart-Just